Der Fall Nord Stream

Wer hat die Pipelines in der Ostsee gesprengt?

von Fabian Scheidler

Am 26. September 2022 erschütterten vier Explosionen den Boden der Ostsee in der Nähe der dänischen Insel Bornholm. Sie zerstörten drei Stränge der Nord Stream Pipelines 1 und 2, die – obwohl nicht in Betrieb – mit Gas gefüllt waren, sodass gewaltige Mengen Methan ausströmten. Das Attentat war zugleich ein massives Umweltverbrechen und einer der größten Sabotageakte der jüngeren Geschichte. Die Energiepreise in Deutschland und anderen europäischen Ländern stiegen infolge des Anschlags vorübergehend steil an.

Man sollte meinen, dass ein solches Ereignis mit erheblichen geopolitischen Konsequenzen den Aufklärungseifer der europäischen Behörden entfesselt hätte. Doch zwei Jahre nach der Tat ist die Bilanz bescheiden. Bislang gab es weder Festnahmen noch Verhöre noch Anklagen gegen mutmaßliche Täter. Anfang Juni wurde zwar vom deutschen Generalbundesanwalt ein europäischer Haftbefehl gegen einen ukrainischen Staatsbürger namens Wolodymyr Schurawlew erlassen, aber die polnischen Behörden, die zur Amtshilfe verpflichtet sind, ignorierten den Haftbefehl, der Verdächtige konnte unbehelligt entkommen. Statt dafür Erklärungen zu liefern, tadelte der polnische Ministerpräsident Donald Tusk am 17. August auf X die deutschen Behörden bemerkenswert unverfroren: „An alle Initiatoren und Förderer von Nord Stream 1 und 2. Das Einzige, was Sie heute tun sollten, ist, sich zu entschuldigen und den Mund zu halten."

Die schwedischen und dänischen Ermittlungsbehörden hatten ihre Untersuchungen bereits im Februar überraschend eingestellt, ohne Ergebnisse zu veröffentlichen. Zuvor hatten sie lediglich erklärt, dass nur ein staatlicher Akteur für die Tat verantwortlich sein könne.[1]

Die USA haben, obwohl sie Untersuchungen angekündigt hatten und die gesamte Ostseeregion überwachen, nichts bekannt gegeben. Bitten von russischer Seite, an den Untersuchungen beteiligt zu werden, wurden stets abgelehnt. Deutsche Behörden ermitteln noch, doch die zuständige Bundesanwaltschaft und die Bundesregierung geben kaum Informationen heraus. Bei parlamentarischen Anfragen wird stets darauf verwiesen, dass Auskünfte das „Staatswohl" gefährden – eine Formel dafür, dass befreundete Staaten oder Geheimdienste kompromittiert werden könnten.

Investigative Journalisten sprechen ebenso wie Bundestagsabgeordnete von einer Mauer des Schweigens. Holger Stark, Leiter des Investigativressorts der *Zeit,* etwa sprach von einem „brutalen Druck auf alle Behörden, mit keinem Journalisten zu sprechen".[2] Im Gespräch mit dem Verfasser bezeichnet es der Bundestagsabgeordnete Ralf Stegner (SPD) als „sehr verwunderlich", dass bei einem so großen Verbrechen in einem der bestüberwachten Meere der Welt zwei Jahre nach der Tat so wenig herausgekommen ist. Stegners Kollege Andrej Hunko vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) spricht sogar von „provokativem Desinteresse an einer Aufklärung".

Über die politische Verantwortung für den Sabotageakt gibt es bis heute im Prinzip drei verschiedene Theorien. In den Monaten nach den Anschlägen wurde von einigen westlichen Regierungsvertretern und führenden westlichen Medien die These favorisiert, Russland sei für die Anschläge verantwortlich. Dabei haben die deutschen und schwedischen Ermittlungsbehörden wiederholt klargemacht, dass es keinerlei Hinweise auf eine russische Täterschaft gibt.

Auch CIA-Direktor William Burns – der sicherlich kein Motiv hat, Russland reinzuwaschen – hat dies bekräftigt.[3] Ein ausführlicher Artikel der *Washington Post* auf Grundlage von Gesprächen mit 23 Diplomaten und Geheimdienstmitarbeitern aus neun Ländern kam zu dem gleichen Schluss.[4]

Die Theorie vom russischen Komplott bietet auch keine Antwort auf die Frage, warum Russland Infrastrukturen im Wert von fast 20 Milliarden Euro, die zu 51 Prozent russischen Staatskonzernen gehören, hätte zerstören sollen – die zugleich ein Druckmittel gegenüber dem energiehungrigen Westeuropa darstellten. Das Argument, Russland habe damit Strafzahlungen bei einem Lieferstopp vorbeugen wollen, kann kaum überzeugen: Wahrscheinlich hätte Russland angesichts von Sanktionen und beschlagnahmtem russischen Vermögen eine Zahlung ohnehin verweigert.

Die zweite Theorie wurde erstmals am 8. Februar 2023 formuliert, als der investigative Journalist Seymour Hersh einen detaillierten Artikel veröffentlichte, der sich auf eine anonyme Quelle berief und behauptete, die USA hätten den Anschlag mit norwegischer Hilfe verübt.[5]

Der Pulitzer-Preisträger Hersh war in den 1970er Jahren durch seine Enthüllungen über US-Kriegsverbrechen im Vietnamkrieg – Stichwort My Lai – berühmt geworden. Seit 1973 hatte er an der Aufklärung des Watergate-Skandals und der illegalen CIA-Programme zur Ausspionierung von US-Bürgern gearbeitet. Im Gefolge des Irakkriegs von 2003 enthüllte er die Geschichte des US-Foltergefängnisses in Abu Ghraib.

Am 7. März 2023, einen Monat nach dem Nord-Stream-Text von Hersh, brachte die *New York Times,* deren Starreporter Hersh früher gewesen war, eine eigene Geschichte. Demnach soll nicht die US-Regierung, sondern eine „proukrainische Gruppe" die Anschläge durchgeführt haben.[6] Die Quellen der *Times,* auch diese anonym, waren „US Beamte, die Geheimdienstinformationen ausgewertet haben".

Parallel zur *NYT* veröffentlichte die *Zeit* in einem Rechercheverbund mit anderen deutschen Medien eine detailreichere Version, die sich teilweise auf Angaben des deutschen Generalbundesanwalts bezieht und auf ein verdächtiges Segelboot fokussiert. Seitdem stützen sich die Veröffentlichungen in den großen westlichen Medien fast ausschließlich auf diese Geschichte, die mit vielen neuen Details angereichert wurde.

Im Zentrum der Geschichte steht die 15 Meter lange Segeljacht „Andromeda", auf der im September 2022 eine Gruppe von fünf Männern und einer Frau vom deutschen Hafen Rostock auslief, um nach verschiedenen Stationen in der Region um die Insel Bornholm zu segeln. Dort sollen die Taucher in 80 Metern Tiefe die Bomben platziert haben. Die deutschen Ermittler geben an, an Bord des Schiffs, das von der Besatzung nicht gereinigt worden war, im Januar 2023 – also vier Monate nach den Anschlägen – auf dem Kajütentisch Spuren des Sprengstoffs HMX gefunden zu haben. HMX-Spuren sollen auch an den Tatorten sichergestellt worden sein.

Desire Moheb-Zandi, Textile Score, 2024, Leinen, Lurex, Seil, Kordel, Baumwolle, Füllmaterial, Nylon, Stoff, Holz, Wolle, PVC, 310 × 154 × 20cm

Nach den ersten Veröffentlichungen zu dieser Geschichte wurden rasch Zweifel laut: Konnte ein so kleines Schiff eine so große quasimilitärische Operation durchführen? Konnten mit einer Hobbyjacht mehrere Tonnen Sprengstoff transportiert werden, die nach ersten Schätzungen benötigt wurden? Braucht man bei so tiefen Tauchgängen für den Druckausgleich keine Dekompressionskammer – die auf dem Boot keinen Platz gehabt hätte?

Inzwischen sind einige dieser Fragen beantwortet, und zwar auch dank einer privaten Expedition, die der schwedische Ingenieur Erik Andersson zusammen mit dem Journalisten Jeffrey Brodsky zu den Anschlagsorten unternommen hat.[7]

Das Rätsel „Andromeda"

Die Auswertung der detaillierten Unterwasseraufnahmen durch Experten ergab, dass zur Sprengung der Pipelines wesentlich geringere Mengen Sprengstoff ausreichten – schätzungsweise 50 Kilogramm oder sogar weniger pro Pipeline. Auch tiefe Tauchgänge sind von sehr gut ausgebildeten Profis ohne Dekompressionskammer möglich, wenn auch mit Risiken verbunden. Allerdings dauert eine solche Operation wesentlich länger – was die Gefahr, entdeckt zu werden, erheblich vergrößert.

Jeffrey Brodsky wirft eine weitere Frage auf: Warum sollte eine ohne Dekompressionskammer operierende Tätergruppe ausgerechnet eine 80 Meter tiefe Stelle auswählen, während andere Positionen in unmittelbarer Nähe nur 30 Meter tief sind? Und warum wurde einer der Sprengsätze 75 Kilometer von den drei anderen entfernt angebracht?[8]

Trotz offener Fragen: Die „Andromeda" hätte die Operation theoretisch ausführen können. Allerdings verlieren sich die Spuren der mutmaßlichen Täter bisher im Nebel. Gefälschte Pässe, die zur Anmietung des Boots genutzt wurden, führten zu einem ukrainischen Soldaten und einer polnischen Briefkastenfirma, die von einem ukrainischen Unternehmer namens Rustem A. finanziert wird; andere zu dem ukrainischen Tauchlehrer Wolodymyr Schurawlew und weiteren Verdächtigen. In einem Beitrag vom 25. September 2024 gibt *Der Spiegel* an, die Identitäten der übrigen Besatzungsmitglieder festgestellt zu haben, ohne sie jedoch zu nennen.

Bis zum heutigen Tag ist keiner der Verdachtspersonen von den Untersuchungsbehörden vernommen worden, Rechtshilfeersuchen der deutschen Ermittler an die Ukraine sind nach heutigem Kenntnisstand nicht ergangen. Die deutschen Behörden haben Schurawlew sogar indirekt bei seiner Flucht geholfen, indem sie ihn nicht, wie in anderen Fällen üblich, in das Schengen-Register eintrugen. Eine solche Registrierung hätte es ermöglicht, den Verdächtigen an der Grenze festzunehmen. „Der polnische Grenzschutz hatte weder die Informationen noch die Grundlage, um ihn festzunehmen, da er nicht als Gesuchter aufgelistet war", erklärte eine Sprecherin der polnischen Generalstaatsanwaltschaft.[9]

Nach einem CIA Bericht, den die *Washington Post* vom 11. November 2023 zitierte, sollen die Drahtzieher des Anschlags der ukrainische Agent Roman Tscherwynsky und der ehemalige Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte Walerij Saluschnyj sein, der heute Botschafter in London ist. Vernommen wurden aber auch sie nicht.

Während der CIA-Bericht betont hatte, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sei nicht involviert gewesen, behauptete ein späterer Artikel des *Wall Street Journal* unter Berufung auf anonyme ukrainische Quellen, Selenskyj habe zunächst seine Zustimmung gegeben, nach Intervention der USA aber versucht, den Anschlag zu stoppen – ohne Erfolg.[10]

Der mangelnde Eifer westlicher Behörden und Regierungen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, wirft eine wichtige Frage auf: Wird eine umfassende Aufklärung politisch behindert, weil man Angst hat, die Unterstützung für die Ukraine könnte ins Wanken geraten, sollte tatsächlich belegt werden, dass die Regierung in Kyjiw für die Zerstörung einer der wichtigsten Energie-Infrastrukturen ihrer Verbündeten in Westeuropa verantwortlich ist? Zumal dann auch ein Motiv zur Sprache kommen würde, das in allen Debatten unterschlagen wird: Die Ostsee-Pipeline war aus Sicht Kyjiws eine Konkurrenz zur Sojus-Pipeline, durch die russisches Gas (noch bis Ende 2024) über ukrainisches Territorium nach Mitteleuropa (Österreich, Ungarn, Slowakei) gelangt.

Der renommierte investigative US-Journalist und Geheimdienstspezialist James Bamford geht noch einen Schritt weiter. Er hält es für praktisch unmöglich, dass eine so komplexe Operation ohne Wissen der US-Geheimdienste möglich gewesen wäre.[11] Zum einen sind die US-Dienste mit den ukrainischen ebenso eng verwoben wie die Militärstrukturen. Zum anderen verfügen die USA mit ihrem geheimen Integrated Undersea Surveillance System (IUSS), das mit schwedischer Hilfe aufgebaut wurde, über eine extrem feinmaschige Überwachung der Ostsee. Und das Signals-Intelligence-System der NSA (Sigint) überwacht sehr effizient die Telekommunikation der Ukraine bis zur höchsten Ebene von Militär und Regierung. Doch bislang hat keine US-Regierungsstelle, trotz der Ankündigung einer eigenen Untersuchung, irgendwelche Überwachungsdaten preisgegeben.

Die Rolle der USA wurde auch in einem Beitrag der Zeitung *Die Welt* am 14. Dezember 2023 thematisiert: So sei die „Andromeda" bei einem Zwischenstopp im polnischen Kołobrzeg (Kolberg) am 19. September 2022 vom dortigen Grenzschutz inspiziert worden. Es sollen auch US-Bürger – mutmaßliche Geheimdienstmitarbeiter – beteiligt gewesen sein.

Die polnischen Behörden verweigern nähere Auskünfte über die Inspektion des Schiffes. Sie behaupten außerdem, die Videoaufzeichnungen der Hafenkamera, auf denen die Männer identifiziert werden könnten, würden nicht mehr existieren. Weiß die polnische Regierung – seit Langem ein erbitterter Gegner der Pipelines – also mehr, als sie zugibt? Ist sie gar in das Attentat verwickelt?

Laut der *Washington Post* vom 6. Juni 2023 soll die CIA bereits im Juni 2022 aufgrund eines niederländischen Geheimdienstberichts Kenntnis von ei-